

XXIV.GP.-NR
Nr. 140 /Pet.
05. Dez. 2011



S.g. Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, am 5.12.2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage überreiche ich Ihnen gemäß § 100 (1) GOG-NR die vom Grazer Gemeinderat in den Punkten 1 und 2 mit Mehrheit beschlossene Petition betreffend „Initiative gegen Stellenabbau bei Post und Telekom“.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich,

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Grosz', is written over a horizontal line.

Abg.z.NR Gerald Grosz



BÜNDNIS ZUKUNFT STEIERMARK | Bündnisobmann Abg.z.NR GR Gerald Grosz

Jungferngasse 1
A-8010 Graz

Tel.: +43-316-82 38 87
Fax: +43-316-82 38 87-77

E-Mail: gerald.grosz@bzoe.at
Homepage: www.bzoe-steiermark.at

KPÖ – Gemeinderatsklub

**Dringlichkeit
entschieden angenommen**

Punkt 1 mit Mehrheit angenommen

Punkt 2 mit Mehrheit angenommen

Punkt 3

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Mittwoch, 12. November 2008

Gemeinderat Manfred Eber

DRINGLICHKEITSANTRAG

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Initiative gegen Stellenabbau bei Post und Telekom

Die aktuelle Diskussion um die Schließung von hunderten Postämtern in ganz Österreich und dem damit verbundenen Stellenabbau bei der Post, aber auch um die geplanten Kündigungen im Bereich der Telekom, darf die Stadt Graz nicht kalt lassen. Schließlich geht es auch um zahlreiche Arbeitsplätze, die in unserer Stadt vernichtet werden sollen.

Jetzt stellt sich heraus, dass die Auseinandersetzung um die Schließung von 5 Postämtern in Graz und um die Verlegung der Fernmeldeschule aus Graz-Eggenberg nach Wien die Vorboten eines radikalen Personalabbaus waren, dessen Ursachen auch in der Teilprivatisierung der Unternehmen und in Vorgaben der EU zu suchen sind.

Es handelt sich bei der Post und der Telekom nicht um Betriebe in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern um Konzerne, die hunderte Millionen Euro Gewinne schreiben. Die Post AG zahlte in den letzten drei Jahren 278 Millionen Euro an Dividenden, bei der Telekom waren es im gleichen Zeitraum gar 939 Millionen.

Die Einsparungsmaßnahmen dienen also nicht der Sanierung, sondern der Erzielung von zusätzlichem Profit.

Es geht uns um die betroffenen Beschäftigten ebenso wie um die Bevölkerung, die von den geplanten Maßnahmen auch betroffen ist. Der Stadt Graz kann es nicht egal sein, wenn vielleicht hunderte Mitarbeiter auf der Straße stehen. Dadurch sinkt die Kaufkraft in der Stadt, die Soziantöpfe werden verstärkt in Anspruch genommen, die Bevölkerung muss längere Wege in Kauf nehmen, was für viele zusätzliche Belastungen bedeutet und auch für die Umwelt negative Konsequenzen hat.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich gegen den Stellenabbau bei Post und Telekom und fordert die österreichische Bundesregierung und den Bundesgesetzgeber auf:

- * den Beschäftigungsabbau und die Postamtsschließungen zu stoppen. In Graz darf kein einziges Postamt geschlossen werden. Der Beschluss über die Verlegung der Fernmeldeschule nach Wien muss aufgehoben werden.**
- * die Liberalisierungsrichtlinien der EU, die den Post- und Telekommunikationsbereich in Österreich betreffen, vorderhand nicht umzusetzen,**
- * und die Teilprivatisierung von Post und Telekom rückgängig zu machen.**